

Katinka Schröder

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Malawi

vom 10. Juli bis 10. Oktober 1999

Demokratie kann man nicht essen

Zur Situation von Häftlingen und Arbeiterin in Malawi

Katinka Schröder

vom 10.07. – 10.10.1999,
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Zur Person

Prolog

Zur Situation in malawischen Gefängnissen

Nichts zu verbergen

„Money makes the world go round“

„Früher ging es uns besser“

„Man fragt sich, ob das Teil der Strafe ist“

Kein Rauch ohne Feuer – Polizei und Gerichte

„Was für eine Art Demokratie ist das?“

Geld und Wille

400 Hektar Brachland – die Gefängnisfarmen

Strafe muss (trotzdem) sein

Gewerkschaften in Malawi

Von der Zwangsharmonie zur Unabhängigkeit

De-Industrialisierung und „Export Processing Zones“

Besuche in „Export Processing Zones“

Von der Sklaverei zum Landraub

Die Tabak-Sklaven

Eine starke Lobby

Zur Person

Katinka Schröder, geboren 1967 in Jugenheim/Hessen, lebt seit 1987 in Dortmund. Nach Buchhändler-Lehre in Aachen und Volontariat bei der Zeitschrift PRINZ in Bochum, arbeitete sie dort bis 1991 als Redakteurin. Mit dem Honorar für ein Sachbuch („Sie radeln wie ein Mann, Madame“) wird die erste ausgedehnte Afrikareise finanziert. Von 1992 bis 1994 Reporterin für SAT1, seit 1995 freie Mitarbeit beim WDR. Von Juni bis Oktober 1999 als Heinz-Kühn-Stipendiatin in Malawi.

Prolog

„Wie, Du fährt nach Malaria?“ Diese Frage hörte ich öfter, nachdem ich mein Reiseziel genannt hatte. Malawi, umschlossen von Tanzania, Mozambique und Zambia, knapp dreieinhalb mal so groß wie Nordrhein-Westfalen, ist für viele „terra incognita“. Das hier der drittgrößte See Afrikas, der artenreichste der Welt, liegt, lernt man im Erdkunde-Unterricht nicht. Nicht nur wegen seiner schlechten Infrastruktur und der fehlenden Meeresküste ist das Agrarland, welches über keine nennenswerten Bodenschätze verfügt, touristisch kaum erschlossen. Von 1964, als aus dem britischen Protektorat ein unabhängiges Land wurde, bis 1994 regierte ein Diktator, der auf neugierige Besucher aus dem Ausland wenig Wert legte. Dr. Hastings Banda, der 1997 über 90jährig starb, hat seine Untergebenen nicht nur gnadenlos ausgepresst, während seiner Herrschaft wurden auch Tausende politischer Gefangener interniert, gefoltert und getötet. Entwicklungshilfe floss dennoch reichlich, da Malawi während des kalten Krieges eine strategische Bedeutung als anti-kommunistischer Schutzwall und Aufmarschgebiet der RENAMO hatte. Weil wegen des Bürgerkriegs in Mozambique und der schlechten Beziehungen zum sozialistischen Nachbarland Tanzania die kürzesten Wege zu den Ausfuhrhäfen am Indischen Ozean abgeschnitten waren, paktierte Banda mit dem Apartheid-Regime in Süd-Afrika. Mit dem Zerfall der Sowjetunion verlor der Westen das strategische Interesse an Malawi, interessierte sich aber nun für die Menschenrechtsverletzungen im Lande. Unter aus- und inländischem Druck stimmte der Präsident auf Lebenszeit einem Referendum zu, bei dem das Volk 1993 die weitere Alleinherrschaft der Partei MCP ablehnte. 1994 fanden die ersten demokratischen Wahlen statt, die ein ehemaliger Weggefährte Bandas, der Geschäftsmann Bakili Muluzi, mit seiner United Democratic Front (UDF), gewann. Das war auch das Ergebnis der Wahlen im Juni 1999.

Mich interessierten in Malawi zwei Fragen: Wie sieht es in den berüchtigten Gefängnissen Malawis heute aus? Wie werden die jungen, malawischen Gewerkschaften mit der schlechten wirtschaftlichen Lage fertig?

Viele Menschen in Malawi haben mir geholfen, mein besonderer Dank gilt Dr. Harald Braun und Anita Deppe für Hilfe in allen Lebenslagen, sowie den Journalisten Justice Kamakwa, Chimweme Ndalahoma und Dickson Kashoti für Übersetzungen und Informationen.

Zur Situation in malawischen Gefängnissen

Nichts zu verbergen

Etwa 300 der 1.300 Insassen des „Chichiri Prison“ in Blantyre hocken auf dem hartgestampften Erdboden im Gefängnishof. Demonstrativ haben sie uns – einer Gruppe malawischer Nichtregierungsorganisationen, der ich mich angeschlossen habe – zwei mit Kleidungsstücken bedeckte Skelette vor die Füße gelegt. Sie leben noch. Fliegen landen auf den Wunden, die Krätzmilben in ihr Fleisch gefressen haben. Ab und zu hört einer der Mithäftlinge auf sich selbst zu kratzen und verjagt die Plagegeister von den Körpern.

Die katastrophalen Verhältnisse in malawischen Gefängnissen sind kein Geheimnis. Als ich mich später offiziell als Journalistin um eine Besuchserlaubnis für das Central Prison in Zomba bemühe, wird sie sofort erteilt. Während der Diktatur wäre das undenkbar gewesen. Selbst das Rote Kreuz hatte keinen Zugang zu den Gefängnissen. Bandas „Malawi Congress Party“ kontrollierte die Wirtschaft, die Presse und das Privatleben. Männer, die ihren Frauen verboten, für den Ngwazi – den Führer – zu tanzen, weil die Parteiveranstaltungen häufig für Seitensprünge genutzt wurden, landeten im Gefängnis. Yao-Frauen, die aus traditionellen Gründen an bestimmten Festtagen Hosen trugen, wurden inhaftiert, weil Frauen Röcke zu tragen hatten. Politische Gegner Bandas kamen bei mysteriösen Autounfällen ums Leben oder verschwanden hinter Gittern. Malawis berühmtester politischer Häftling, Machipisa Munthali, überlebte 27 Jahre Einzelhaft in einer 1,50 Meter langen und 1 Meter breiten Zelle.

Die Zelle ist saniert worden und steht Besuchern des „Mikuyu Prison Museum“ offen. Inzwischen herrscht Demokratie in Malawi. Die kann man zwar nicht essen, wie viele Malawis sagen, aber man kann nun gefahrlos darüber spekulieren, wer Schuld daran ist, dass es nicht genug zu Essen gibt. Freie Meinungsäußerung ist möglich, für Journalisten allerdings ökonomisch riskant. Wer über politische Ereignisse im Inland berichtet, muss sich auf eine Seite schlagen. Die beiden Tageszeitungen gehören Politikern rivalisierender Parteien. Der Rundfunk, offiziell öffentlich-rechtlich, versteht sich als Organ der Regierungspartei und der frischgegründete Fernsehsender beschäftigt hauptsächlich Verwandte regierungsnaher Politiker und Funktionäre. Entlassungen und Verhaftungen von Journalisten, Lehrern und Gewerkschafts-

führern aus politischen Gründen gibt es auch unter der demokratischen Regierung. Politische Häftlinge allerdings, sitzen in Malawis Gefängnissen nicht mehr.

Drastisch gestiegen ist die Zahl der Gefängnisinsassen, von 3000, Anfang der 90er Jahre, auf heute 7000. Von 100.000 strafmündigen Einwohnern sitzen 117 im Gefängnis. Das ist eine vergleichsweise moderate Zahl. In zwei Drittel der afrikanischen Staaten gibt es mehr Häftlinge. Auch der Vergleich mit reichen Demokratien zeigt, dass Malawi ein verhältnismäßig friedliches Land ist: In Deutschland sind 108, in Großbritannien 153, in den USA 806 von 100.000 strafmündigen Einwohnern inhaftiert.

Money makes the world go round

So friedlich wie bei meinem ersten Besuch ist Malawi allerdings nicht mehr. Im Februar 1992, drei Monate bevor sich die Unzufriedenheit der Menschen mit dem diktatorischen Regime in einem Generalstreik entlud, konnte ich im nächtlichen Blantyre unbesorgt alleine herumlaufen. In der mit damals etwa 600.000 Einwohnern größten Stadt Malawis gab es keine Straßenhändler, keine Straßenkinder, keine Slums wie ich sie in Kenia oder Tanzania gesehen hatte. Die Straßen von Blantyre waren sicher, gespenstisch sicher. Ein Freund, der mich damals nach Hause begleitete, fürchtete sich, mit mir gesehen zu werden. „Hier laufen überall Spitzel ‘rum. Wenn sie mich mit einer Weißen sehen, denken sie, ich könnte etwas Schlechtes über die Regierung sagen“.

„Lauf“ nachts bloß nicht alleine ‘rum“, ist der erste Ratschlag nach meiner Ankunft im Malawi des Jahres 1999. Tagsüber sind die Straßen von Blantyre ein lärmender Handelsplatz. Kleidung, Kugelschreiber, Kochtöpfe, Kohl – es gibt fast nichts, was nicht auf den Bürgersteigen feilgeboten wird. Die Zulassung des Straßenhandels gehörte zu den Wahlversprechen der Regierungspartei. Mit der Demokratisierung setzte in Malawi die lange unterdrückte Landflucht um so heftiger ein, als die Landwirtschaft und der überfischte Lake Malawi seit Beginn der 90er Jahre immer weniger Menschen eine Existenz bieten können. Wie viele Bewohner Blantyre heute hat, weiß niemand. Allein Ndirande, der am dichtesten besiedelte Stadtteil, soll in 10 Jahren um 100.000 auf 300.000 Einwohner angewachsen sein. Viele Neuankömmlinge sind Waisenkinder, deren Verwandte entweder nicht willens oder nicht in der Lage dazu sind, sie aufzunehmen.

Mit Malawi gehe es bergab, sagt der stellvertretende deutsche Botschafter Michael Morgenstern: „Früher funktionierte hier alles, Telefon, Strom- und Wasserversorgung“. Kriminelle tragen einen Teil dazu bei, dass sich das geändert hat. Ende August wurden 40 Prozent des Telefonnetzes in Blantyre wegen Kabeldiebstahls lahmgelegt. Kurz zuvor hatte die Polizei eine Kupferschmelze ausgehoben, die den Rohstoff unter anderem aus gestohlenen Telefonkabeln gewonnen hatte. Vandalismus und Diebstahl habe die staatliche Telekom allein

im ersten Halbjahr '99 über 20 Millionen Kwacha (knapp 900.000 DM) gekostet, meldet die regierungsnahe Tageszeitung „Nation“. Auch Schrauben und Leitungen von Strommasten seien vor Dieben nicht sicher, berichtet ein Mitarbeiter des Stromversorgers ESCOM.

Geschäftsleute und Reiche fürchten sich vor allem vor bewaffneten Kriminellen. Offizielle Statistiken gibt es nicht, doch einer Analyse von Medienberichten zufolge, meldete die Presse von Oktober 1998 bis Mai 1999 über 90 bewaffnete Raubüberfälle. Der größte Teil der von der Polizei beschlagnahmten Waffen kommt aus Süd-Afrika, der Rest stammt hauptsächlich aus den Arsenalen des inzwischen befriedeten Mozambique. „Früher waren Waffen kein Problem“, erinnert sich der pensionierte Polizist Benson Ndalahoma, „heute höre ich von ehemaligen Kollegen, dass sie Angst davor haben, im Dienst erschossen zu werden“.

Die Auflösung der „Malawi Young Pioneers“ (MYP), der von Diktator Banda vor allem zur Kontrolle der Landbevölkerung eingesetzten paramilitärischen Parteijugend, habe ein Sicherheits-Vakuum hinterlassen, das die Polizei nicht ausfüllen könne, sagt Undule Mwaksaungura vom „Centre for Human Rights and Rehabilitation“. Einige der ehemaligen Ordnungshüter von der MYP sollen ihren Lebensunterhalt heute als Kriminelle verdienen. Auch die Polizei wird verdächtigt, an Raubüberfällen beteiligt zu sein und Kriminelle zu decken. Bei drei von zehn in Blantyre durchgeführten Gerichtsverfahren wegen bewaffneten Raubüberfalls, seien aus Polizeistationen stammende Waffen involviert, berichtet eine Zeitung. Owen Njirongo, Reporter bei der „Nation“, würde es wundern, wenn die Polizei nicht korrupt wäre: „Ein einfacher Polizist verdient 1000 Kwacha. Die Miete in einem miserablen Zwei-Zimmer-Haus zahlt zwar der Staat, aber allein die Wasserrechnung beträgt 200 Kwacha, dazu kommen noch 600 Kwacha für einen Sack Mais.“ Nach Abzug dieser Ausgaben bleiben von umgerechnet 45 Mark Gehalt noch sieben Mark.

„Money makes the world go round“ verkündet ein Plakat der Malawi National Bank am Kamuzu Highway in Blantyre. Legal an „Chizungu – Das Geld der Weißen“ zu kommen, ist heute schwerer denn je. Die 67prozentige Abwertung der Landeswährung im August 1998, der keine adäquate Anpassung der Gehälter folgte, macht das Leben selbst bei einem überdurchschnittlichen Einkommen kompliziert. Umgerechnet etwa 400 Mark verdient der Journalist Dickson Kashoti, und sagt, der einzige Luxus, den er sich davon leisten könne, seien Freitags ein paar Flaschen Bier. Der von vielen Arbeitgebern noch unterschrittene Mindestlohn beträgt ca. 25 Mark.

Eine Polizistin berichtet, aus Angst vor Diebstahl hänge in Ndirande niemand mehr seine Wäsche draußen auf. Die Armen bestehlen sich gegenseitig. In der Asservatenkammer der Polizeistation in Blantyre liegen viele Dinge – ein Ventilator, eine Matratze, eine Decke, ein Stuhl, eine Bibel -, die

nicht so aussehen, als seien sie aus Villen entwendet worden. Unter einem Schreibtisch steht ein Blecheimer voll Marihuana. Weil man nicht alle Menschen, bei denen man die Droge findet, ins Gefängnis stecken kann, entschied der High Court, das zweithöchste Gericht, dass der Besitz von weniger als einem halben Kilogramm auch mit einer Geldstrafe geahndet werden kann. Gelöst ist das Problem damit nicht. Häufig berichten die Zeitungen über Fälle wie diesen: Ein 20jähriger muss wegen Besitzes von 200 Gramm Marihuana für drei Monate ins Gefängnis, weil er 30 Mark Geldstrafe nicht aufbringen kann.

Auch auf dem Land habe die Kriminalität bedrohliche Ausmaße angenommen, berichtet ein Referent während eines Workshops zur Verbrechensbekämpfung: „Wasserpumpen, Dünger, Samen, die Ernte – es wird gestohlen, was zu stehlen ist“. Streitigkeiten um Land seien ein häufiges Motiv für Totschlag, sagt Shinhead Mazengela, Anwalt bei der Menschenrechtsorganisation „Malawi Carer“. Vor allem im Süden hätten die Chiefs kaum noch „customary land“, das dem Volk gehört und nicht verkauft werden darf, zu verteilen. Das einige der Chiefs korrupt seien, und mehreren Menschen Geld für das selbe Stück Land abknöpften, verschärfe die Situation noch. Gegenüber Großgrundbesitzern würden die landlosen Habenichtse immer aggressiver, teils ermuntert von Politikern, die um ihre Stimmen buhlten. „Die Menschen nehmen Land in Besitz, von dem sie meinen, es würde nicht genutzt“.

„Früher ging es uns besser“

Von einer Kriminalität südafrikanischen Ausmaßes ist Malawi zwar noch weit entfernt, doch es sieht so aus, als würden sich die Gefängnisse in Zukunft eher weiter füllen als leeren.

Im Gefängnishof des „Chichiri Prison“ in Blantyre demonstrieren Häftlinge, wie sie schlafen – einer hinter dem anderen hocken sie und verbringen so 13 Stunden eingeschlossen in der Zelle. Im „Chichiri Prison“ teilen sich bis zu 165 Häftlinge, im „Maulu Prison“ bis zu 109 Menschen eine 70 Quadratmeter große Zelle. „Zomba Central Prison“, für 600 Häftlinge gebaut, beherbergt 2000. Unter solchen Bedingungen verbreiten sich Krankheiten schnell. „Vorsicht“, ruft der Wärter, als über mir, von der Galerie aus, ein Häftling einen Blecheimer in den Mittelgang entleert: „Das ist kein Wasser, das ist Urin“. Mangels anderer Gefäße wird der Eimer auch zum Wasserholen und Spülen benutzt.

Levious Mbunju, seit 1992 Untersuchungshäftling im „Zomba Central Prison“, sagt: „Früher ging es uns besser. Es gab genug zu Essen, die Wasserversorgung und die Toiletten funktionierten, wir konnten unsere Kleidung weggeben und draußen flicken lassen. Auch den Wärtern ging es besser, sie hatten anständige Uniformen“.

Heute gehen viele Wärter mit privat erworbenen Schuhen zur Arbeit, weil Stiefel nicht mehr zugeteilt werden. Die meisten Gefangenen laufen in Lumpen herum. Morgens kämpfen die 2000 Insassen des Gefängnisses um Wasser. Manchmal gibt es keinen Tropfen, weil die Tanks lecken. Die Toiletenspülungen sind kaputt, barfuß in den Fäkalien stehend verrichten die Gefangenen ihre Notdurft. Da sie sich mangels Papier mit Lumpen und Ziegelsteinen säubern, sind die Toiletten hoffnungslos verstopft.

Henry Dickson, wegen Mordes zum Tod durch den Strang verurteilt und 1997 von Präsident Muluzi begnadigt, berichtet: „Als ich 1992 inhaftiert wurde, bekamen wir Frühstück und Mittagessen. Reis gab es regelmäßig und alle zwei Wochen Fisch oder Fleisch“. Seit 1994 gäbe es immer dasselbe und manchmal ein oder zwei Tage lang gar nichts. Die tägliche Mahlzeit besteht aus einer Schöpfkelle Bohnen und einer Pampe aus Maismehl, die viel zu dünnflüssig ist, um die Bezeichnung „nsima“ – für Malawis das, was für Deutsche die Salzkartoffel ist – zu verdienen.

Unandi Banda, der während der Diktatur als politischer Häftling und 1995 wegen der Organisation einer Demonstration inhaftiert war, sagt: „Für politische Häftlinge war das Gefängnis früher die Hölle. Es gab Folter und man hat uns absichtlich verfaulte Nahrungsmittel gegeben. Die Kriminellen dagegen wurden einigermaßen anständig behandelt. Heute dagegen können auch kurze Haftstrafen schon tödlich sein“.

„Man fragt sich, ob das Teil der Strafe ist“

Seit 1992 wurde die Todesstrafe in Malawi nicht mehr vollzogen. Weil westliche Geldgeber wegen Menschenrechtsverletzungen den Geldhahn zudrehten, war der greise Diktator Banda in den letzten Jahren seiner Regierungszeit milde gestimmt. Sein demokratisch gewählter Nachfolger, Präsident Bakili Muluzi, sicherte Amnesty International zu, keine Todesurteile mehr zu unterzeichnen.

Im „Zomba Central Prison“ starb in den ersten sechs Monaten des Jahres 1999 alle zwei Tage ein Gefangener. Kranke aus allen Gefängnissen des Landes werden in das Hospital der Haftanstalt gebracht. „Die meisten kommen zum Sterben“, sagt Dr. Alban Jadidi, Leiter des Krankenhauses. In Maula und Chichiri, den beiden anderen Groß-Gefängnissen Malawis, gibt es, nach unterschiedlichen Angaben der Angestellten, ein bis vier Tote pro Monat. Darüber können die Häftlinge in Maula nur lachen. „Hier stirbt fast täglich einer“, sagen sie, und werfen den Behörden vor, die Angehörigen über den Tod eines inhaftierten Verwandten nicht zu informieren. Wer weit von seinem Heimatort entfernt im Gefängnis stirbt, landet im Massengrab.

Dr. Jadidi ist der einzige studierte Mediziner in Malawis Haftanstalten, seine beiden Mitarbeiter sind Krankenpfleger. Viel können sie nicht tun, möglich ist nur eine klinische Diagnose. Wer Fieber hat wird als Malaria-

Patient behandelt, wenn Medikamente vorhanden sind. Ob es wirklich Malaria ist, kann Dr. Jadidi nicht feststellen, weil er kein Labor hat. Das staatliche Krankenhaus in Zomba ist zwar besser ausgerüstet, aber auch hoffnungslos überlastet. Ohnehin haben Häftlinge kaum eine Chance, dort behandelt zu werden. Meist ist kein Auto für ihren Transport verfügbar und es fehlt an Personal zur Bewachung der Patienten. Von den 60 Wärtern, die sich in drei Schichten um 2000 Gefangene kümmern, kann selten einer entbehrt werden.

Im Gefängnis-Hospital sind Medikamente Mangelware. Selbst für ausreichend Seife, unerlässlich für die Behandlung von Krätze, reicht das Geld nicht. Mit Aspirin, Schmerz- und Schlafmitteln, den einzigen Medikamenten, die meist ausreichend vorhanden sind, lassen sich die häufigsten Krankheiten Malaria, Durchfall und Krätze nicht kurieren. Ein 16jähriger im Jugendtrakt schildert die Hilflosigkeit der Krankenpfleger: „Wenn man Durchfall hat und das richtige Medikament nicht verfügbar ist, dann geben sie einem manchmal Schlaftabletten, damit sie ihre Ruhe haben. Sie können sich denken, was dann in der Zelle passiert“. Dank ausländischer Finanzhilfe kann Tuberkulose behandelt werden. Eine spezielle Diät, unerlässlich für den Heilprozess, bekommen die Patienten aber nicht.

Um die mentale Gesundheit kümmert sich niemand. Die Jugendlichen bekommen keinen Schulunterricht, viele werden als Analphabeten entlassen. Seit 1993 haben die Häftlinge keinen Volleyball, keinen Fußball mehr gesehen. Die kleine Bibliothek wird zwar gerne genutzt, bietet mit 30 Büchern aber wenig Auswahl. Nur 50 Insassen haben das Glück, in den Gefängniswerkstätten arbeiten zu können. Früher wurden in der Tischlerei Möbel produziert, die Schneiderei stellte Uniformen her. Doch die meisten Maschinen sind kaputt, es fehlt Geld, um Stoff oder Holz zu kaufen. Dennoch werden in Malawi oft Haftstrafen mit „hard labour“ verhängt.

Von den fast 2000 Menschen, die den ganzen Tag lang nichts anderes zu tun haben, als auf den nächsten Tag zu warten, haben sich viele aufgegeben und liegen apathisch im Dreck. „Sie hören auf, sich zu waschen, sie leben wie die Tiere“, sagt Henry Dickson. Und Levious Mbunju fügt hinzu: „Eigentlich ist das hier ein Irrenhaus. Die Leute sind unberechenbar. Kürzlich hat sich einer die Axt geschnappt, die zum Holzhacken benutzt wird, und ist auf Mithäftlinge losgegangen“.

Während meines Besuchs im „Chichiri Prison“ erzählt ein Wärter von einem einbeinigen Wahnsinnigen, der sich weigerte, dem Richter vorgeführt zu werden. Drei Wochen später ruft ein Freund an: „Der Einbeinige ist tot, ich habe gerade mit dem Polizisten gesprochen, der ihn erschossen hat. Er sagt, es war Notwehr“. Die Kugel traf ins Herz.

Im Krankenhaus des Dr. Jadidi kommt der Tod langsamer aber mit ziemlicher Sicherheit zu früh. „Wie sollen sie hier gesund werden?“, fragt er

angesichts der Menschen, die in einem fensterlosen Raum auf dem Boden liegen. In der Quarantänestation für Tuberkulosefälle holen sich die Patienten leicht eine Lungenentzündung. Die beiden Krankensäle sind nicht viel besser ausgestattet, es gibt zwar einige rostige Bettgestelle aber keine Matratzen.

An den allgegenwärtigen Mangel hat sich Dr. Jadidi gewöhnt, nicht aber an die Sturheit der Behörden. 1997 schlug er 173 Totkranke zur Begnadigung vor. Es dauerte ein Jahr, bis die notwendige Zustimmung des Präsidenten eingeholt war. Zwei Patienten wurden freigelassen, die anderen hatten zwischenzeitlich entweder ihre Strafe abgesessen oder waren gestorben. Dr. Jadidi zeigt auf zwei bis zum Skelett abgemagerte Menschen, die in einer Ecke kauern, und sagt leise: „Man fragt sich, ob das Teil der Strafe ist“.

Kein Rauch ohne Feuer – Polizei und Gerichte

Das fragt sich auch Mr. Sidira, höchster Richter in der Ost-Region. „Wir sind an einem Punkt angelangt, wo fast jede Verurteilung einem Lebenslänglich gleichkommt. Kaum einer verlässt das Gefängnis lebend und wer es überlebt, dessen Gesundheit ist lebenslänglich ruiniert“.

Trotzdem ist Milde keine hervorstechende Eigenschaft malawischer Richter, weiß der Anwalt Shinhead Mazengela von „Malawi Carer“. Im März 1999 interviewte er 42 im „Zomba Central Prison“ inhaftierte Jugendliche. Ein Drittel von ihnen habe mit dem Jugendstrafgesetz unvereinbar lange Haftstrafen bekommen, oder wegen Geringfügigkeit des Delikts überhaupt nicht ins Gefängnis gehört. „Der krasseste Fall war ein 16jähriger, der wegen Diebstahl eines Maiskolbens zu zwei Jahren Haft verurteilt worden war“.

Ein Urteil, das vor dem „High Court“ keinen Bestand gehabt hätte. Er ist unter anderem dafür zuständig, alle Entscheidungen der ersten Instanz auf ihre Rechtmäßigkeit hin zu überprüfen. In Malawi ist das keine Formalität sondern bitter nötig, denn unterhalb des High Courts gibt es nur fünf Richter mit juristischer Ausbildung. Die meisten Urteile werden von Laien-Richtern gefällt, die immerhin Haftstrafen bis zu sieben Jahren verhängen können. Viele von ihnen haben während der Diktatur in den „Traditional Courts“ gewirkt, in denen Angeklagte kein Recht auf einen Anwalt hatten. Anaklet Chipeta, Chef-Anwalt von „Legal Aid“, einer dem Justizministerium unterstehenden Behörde, die mittellosen Malawis Rechtshilfe leisten soll, hat die „Traditional Courts“ in schlechter Erinnerung: „Es gab dort diese Kein-Rauch-ohne-Feuer-Philosophie. Wer beschuldigt wurde, musste irgendwie schuldig sein“.

Nach dem Studium vieler Fälle kommt Anwalt Shinhead Mazengela zu dem Schluss, dass sich daran wenig geändert hat: „Die meisten Richter haben überhaupt keine Ahnung vom Gesetz. Sie scheinen nach Lust und Laune zu urteilen, nach dem Motto: Den kann ich nicht leiden, dem gebe ich zwei Jahre Gefängnis. Oder: Die Beweise reichen zwar nicht aus, aber er scheint schuldig zu

sein“. Schlecht geschulte Richter verschärften noch das Unrecht, das durch die Methoden der Polizei erzeugt wird: „Noch immer wird mit Zigaretten-Folter und Schlägen gearbeitet, um Geständnisse zu erzwingen“.

Während eines Workshops, bei dem es um die Frage geht, wie das Verhältnis zwischen Bürgern und Polizei verbessert werden kann, wehrt sich Loti Dzonzi, Forschungsreferent im Innenministerium, gegen den Vorwurf, die Polizei sei grundlos brutal: „Das Problem ist, dass die Polizei mit gerichtskriminalistischen Mitteln völlig unzureichend ausgestattet ist, manchmal fehlt sogar das Pulver, um Fingerabdrücke abzunehmen. Ich will es nicht entschuldigen, aber angesichts dieser Zustände ist es doch kein Wunder, dass versucht wird, Geständnisse zu erpressen“.

Einige Wochen später habe ich Gelegenheit, mir Polizeiarbeit aus der Nähe anzusehen. Wegen eines angeblich abgelaufenen Visums werde ich um vier Uhr morgens aus meinem Hotelzimmer-Bett heraus verhaftet und aufs Revier gebracht. Es ist die Nacht der großen Säuberungsaktion, bei der allerdings nur kleine Fische ins Netz von Polizei, Militär und Einwanderungsbehörde gehen – illegale Prostituierte aus den Nachbarländern, Straßenhändler, die den legalen Erwerb ihrer Waren nicht belegen können, kleine Marihuana-Dealer, Flüchtlinge aus der Republik Kongo. Ein Passfälscher ist der größte Fang in der Gruppe von 100 Menschen, zu der auch ich gehöre. Ein Flüchtling aus Ruanda, der sich zum wiederholten Male unerlaubterweise aus dem Lager entfernt hat, wird beim Verhör mehrmals geschlagen. Als wir alle im Hof versammelt sind, zeigt ein Kommissar seinem Untergebenen, wie man eine Pistole lädt, die dabei in unsere Richtung gehalten wird. Weil die beiden etwa 80 Meter entfernt sind, kann ich nicht beurteilen, ob die Waffe entschert ist. Die Männer um mich herum schauen besorgt, mir fällt der Häftling aus dem „Chichiri Prison“ ein, der geschrien hatte: „Schreib’ die Wahrheit, Polizisten erschießen einen, wenn man nicht gesteht“. Ich habe mir umsonst Sorgen gemacht, wir werden anständig behandelt. Mit den weniger arroganten Polizisten, die nicht demonstrativ mächtig umherstolzieren, könnte man fast Mitleid bekommen. Sie arbeiten hart. Abends werde ich entlassen, und an der Bar des teuersten Hotels am Platze sehe ich den Kommissar wieder, der den ruandischen Flüchtling geschlagen hatte. Entspannt lächelt er mir zu und strebt zur Bar, wo schon Kollegen sitzen und den Extraverdienst aus der Säuberungsaktion in Alkohol umsetzen.

Wie viele Urteile von Richtern gefällt werden, die nicht erkennen können oder wollen, dass die Beweislage nicht ausreicht, weil vielleicht ein Polizist schnell einen Schuldigen brauchte oder seine Karriere durch eine Verhaftung beförderten wollte – Shinhead Mazengela schätzt, dass es viele sind. Den Prüfern am „High Court“ entgehe nicht nur wegen Personalmangels so manches Unrechtsurteil: „Viele Urteile werden dem Gericht nicht zugesandt“. Aus eigener Initia-

tive Berufung einzulegen, ist den meisten Verurteilten unmöglich. Ein Anwalt ist am „High Court“ zwar nicht vorgeschrieben, wegen der für Laien unverständlichen Prozeduren aber unumgänglich.

„Was für eine Art Demokratie ist das?“

Shinhead Mazengela schätzt, dass von den etwa sechs Millionen strafmündigen Malawis fünf Millionen nicht in der Lage sind, einen Rechtsanwalt zu bezahlen. Mit sechs Anwälten ist das „Legal Aid Department“ hoffnungslos unterbesetzt. Wer hier arbeitet, ist entweder ein Anfänger, ein Gescheiterter oder ein Engel. Als Angestellte in einer Rechtsanwaltskanzlei können schon Anfänger 600 Mark verdienen, die Anwälte der Armen bekommen nur ein mageres Gehalt, je nach Dienstjahren zwischen 100 und 300 Mark.

Zur Zeit sind sie fast ausschließlich mit Mord- und Totschlag-Prozessen beschäftigt. Diese müssen vom „High Court“ entschieden werden und wegen der drohenden Todesstrafe muss dem Angeklagten ein Rechtsbeistand zur Seite stehen. Verlorengegangene Akten, Personal- und Geldmangel verzögern die Rechtsprechung. Zudem hat das alte Regime einen Haufen unerledigter Verfahren hinterlassen. Weil das Problem mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht in den Griff zu kriegen ist, verhandelte das Justizministerium im Oktober 1999 mit dem Anwaltsverein. Gegen eine reduzierte, vom Staat und der britischen Regierung gezahlte Gebühr sollen private Anwälte die Verteidigung übernehmen.

Von den 3.000 Untersuchungshäftlingen in Malawi werden etwa 900 des Mordes oder Totschlags beschuldigt. Laut Verfassung haben sie das Recht auf ein Gerichtsverfahren innerhalb angemessener Zeit. Was angemessen ist, darüber schweigt die Verfassung. Nach der aktuellsten Bestandsaufnahme des „Malawi Inspectorate of Prisons“ aus dem Jahre 1997 saß jeder achte Mordverdächtige länger als vier Jahre in Untersuchungshaft. Für Levious Mbunju, seit 1992 inhaftiert, sind daraus mittlerweile sieben Jahre geworden. Er war in eine Massenschlägerei verwickelt, bei der ein Mensch getötet wurde. „Ich habe es nicht getan“, sagt er, „ich bin am nächsten Tag zur Polizei gegangen, um meine Zeugenaussage zu machen. Das würde sich schon alles aufklären, hat der Polizist mir gesagt. Seitdem hat man mich einfach vergessen.“

Die Unschuldigen – denn als solche haben Untersuchungshäftlinge zu gelten – sind den selben lebensbedrohlichen Umständen ausgesetzt wie die Verurteilten. Verschärfend kommt für sie allerdings noch hinzu, dass für sie nicht die Gefängnisverwaltung, sondern die Polizei zuständig ist. Doch die trägt zur Ernährung der Untersuchungshäftlinge nichts bei. Wer keine Verwandten hat, die das Essen vorbeibringen, wird aus dem mageren Gefängnis-Budget mit durchgefüttert. Wer als Untersuchungshäftling krank wird, kann auf eine vielleicht lebensrettende Behandlung im Hospital noch weniger hoffen als ein Verurteil-

ter. „Es sterben immer mehr Untersuchungshäftlinge, weil die Polizei sie nicht abholt und ins Krankenhaus bringt“, sagt Lazles Chikanamoyo, Leiter der Apotheke in „Maula Prison“.

Wer kein Geld hat, braucht sich keine Hoffnung auf einen baldigen Prozess zu machen. Diese Erfahrung hat nicht nur der im „Zomba Central Prison“ inhaftierte Levius Mbunju gemacht. 5000 Kwacha (220 DM) habe der Anwalt von Legal Aid, der doch eigentlich kostenlos arbeiten solle, verlangt, um beim High Court die Aufnahme des Verfahrens zu beantragen. Dieselbe Summe nennt der Sprecher der Untersuchungshäftlinge im „Chichiri Prison“: „Wo sollen wir dieses Geld hernehmen? Die Demokratie in Malawi nützt nur den Reichen, wir Armen werden links liegen gelassen. Was für eine Art Demokratie ist das?“

Geld und Wille

Es ist vor allem eine arme Demokratie. Malawi gehört zu den 20 ärmsten Ländern der Welt. Nur eine kleine Oberschicht lebt gut. Das vom Parlament genehmigte Budget für das Haushaltsjahr 1999/2000 sieht umgerechnet 4,5 Millionen Mark für das leibliche Wohl des Präsidenten und seiner Gäste im „State House“ vor. Alle 23 Gefängnisse mit 7000 Insassen dürfen nur 3,5 Millionen Mark kosten. Aus diesem Ansatz müssen nicht nur die Ausgaben für die tägliche Ration der Häftlinge bestritten werden, sondern auch die Gehälter der Angestellten und sämtliche Betriebskosten. Der Ansatz kann sich bei schlechter wirtschaftlicher Entwicklung auch verringern. Zugeteilt wird das Geld monatlich in nicht vorauszusagender Höhe. Im Namen der Regierung kann das „Prison Department“ keine Schecks mehr ausstellen. Das nennt sich „cash-budget“, soll der Eindämmung der Geldverschwendung dienen, ist aber nichts anderes als ein Euphemismus für chronische Unterfinanzierung. Der Staat springt nicht mehr ein, wenn die Lieferanten nicht mehr liefern, weil sie ihr Geld nicht bekommen. Im Frühjahr konnte nur eine Finanzspritze der britischen Regierung eine Hungersnot in den Gefängnissen verhindern.

Es mangle aber nicht nur an Geld, um die Zustände zu verbessern. Vor allem am Willen fehle es, meint Richter Sidira: „Ich kenne keinen Abgeordneten, der sich für Gefangene einsetzt. Sie glauben, an solche Leute sollte man kein Geld verschwenden“. Auch sähen viele Menschen, die selbst wenig haben, nicht ein, warum von dem Wenigen auch noch den Verbrechern gegeben werden sollte. Wegen der ablehnenden Haltung der Bevölkerung mache auch das Programm „Gemeinnützige Arbeit statt Haft“ nur langsame Fortschritte.

Die Stimmen der Häftlinge zählten auch bei der zweiten demokratischen Wahl nicht. Kurz vor dem Wahltermin im Juni 1999 verkündete die Wahlkommission, man habe es nicht rechtzeitig geschafft, die Gefangenen zu registrieren. Die Wahlen wurden zu großen Teilen von der EU finanziert, das Geld reichte nicht.

Zur Misere in den Gefängnissen hat nicht zuletzt beigetragen, dass sich die junge Demokratie bemühte, einem Image gerecht zu werden, dass es sich nicht leisten kann. Kurz nach seinem Sieg in den ersten freien Wahlen 1994 ließ der Präsident drei berühmte Gefängnisse, in denen während der Diktatur politische Häftlinge einsaßen, schließen. Neue Haftanstalten sind seitdem nicht gebaut worden, obwohl sich die Zahl der Gefangenen seit Ende der Einparteiherrschaft verdoppelt hat.

400 Hektar Brachland – Die Gefängnisfarmen

Welche Rolle ein unreflektiertes Verständnis der Menschenrechte beim Niedergang der Gefängnisfarmen gespielt hat, ist umstritten. Ich habe hierzu viele Meinungen gehört, ohne das sich ein klares Bild ergeben hätte. Unani Banda, der 1992 aus dem Exil in Südafrika zurückkehrte um ein demokratisches Malawi aufzubauen, gibt sich und seinesgleichen die Schuld. „Um der internationalen Gemeinschaft zu gefallen, haben wir gefordert, die Zwangsarbeit auf den Gefängnisfarmen abzuschaffen, ohne über die Konsequenzen nachzudenken“. Die Farmen seien geschlossen worden, das System der Selbstversorgung zusammengebrochen.

Ein Wärter im „Maula Prison“ meint, das Rote Kreuz trage daran eine Mitschuld: „Die kamen 1992 und haben den Gefangenen erzählt, sie brauchten keine Zwangsarbeit zu leisten. Daraufhin haben sich die Häftlinge geweigert, auf den Farmen zu arbeiten. Heute, wo es nicht genug zu Essen gibt, flehen sie uns an, wieder dort arbeiten zu dürfen“.

Machatine Mojo, stellvertretender Leiter des „Prison Farm Department“, widerspricht beiden Versionen. Zwar hätten sich Gefangene nach Besuchen von Mitarbeitern des Roten Kreuzes geweigert zu arbeiten, doch das sei nicht der Grund für die schlechte Ertragslage. Auch seien die Farmen nie geschlossen worden, vielmehr habe eine Dürre in den Jahren 1992 bis 1994 für schlechte Ernten gesorgt. „Schon früher reichten die Erträge der Gefängnisfarmen nicht aus, um alle Gefangenen das ganze Jahr lang zu ernähren. Vor 1992 wurden für 3.000 Gefangene 300 Tonnen Mais gebraucht, produziert wurden aber nur 40 Prozent, also 120 Tonnen. Heute müssen wir 7.000 Gefangene ernähren und brauchen dafür mindestens 450 Tonnen. 50 Prozent kommen von Gefängnisfarmen, mit 225 Tonnen produzieren sie heute also mehr als früher“.

450 Tonnen Mais für 7.000 Häftlinge – das wären knapp 20 Gramm „nsima“ mit einem Energiegehalt von 75 Kilokalorien pro Tag und Häftling. Da ein durchschnittlicher Bewohner der Ersten Welt bereits während achtstündiger Nachtruhe 500 Kilokalorien verbraucht, kann an dieser Zahl etwas nicht stimmen.

Der Blick in die Kochtöpfe der Gefängnisküchen von Maula und Chichiri zeigt, dass die Häftlinge etwas mehr erhalten, doch bei weitem nicht genug. In

den Stahlkesseln der beiden Gefängnisse werden nach offiziellen Angaben täglich 1,45 Tonnen Mais und 350 Kilo Erbsen oder Bohnen für insgesamt 2.350 Häftlinge gekocht. Jeder erhält demnach 60 Gramm „nsima“ und 5 Gramm suppigiges Gemüse, was zusammengerechnet etwa 230 Kilokalorien entspricht. Unvorstellbar, dass ein Mensch von dieser Ration überleben kann. Ebenso unvorstellbar andererseits, dass die 50 Menschen, die um die Mittagszeit vor dem „Chichiri Prison“ darauf warten, Verwandten oder Freunden Essen bringen zu dürfen, das Problem lösen können. Es bleibt mir ein Rätsel, warum ich so wenige Häftlinge sah, die offensichtlich dabei waren zu verhungern.

Den Ertrag aller neun Gefängnisfarmen in diesem Jahr schätzt Machatine Mojo auf 400 Tonnen. Mehr ist zur Zeit nicht drin, denn von den 500 Hektar Farmland können aus Geldmangel nur 75 Hektar für den Anbau von Häftlingsnahrung und 25 Hektar für die kommerzielle Landwirtschaft, deren Erlöse wieder dem Gefängnis-Etat zufließen, verwendet werden. „Wenn wir nur mehr Geld für Dünger und Farmmaschinen hätten – wir könnten auf lange Sicht bei der Versorgung der Häftlinge viel Geld sparen“, klagt Machatine Mojo.

Mag sein, dass die Gefängnisfarmen dank der Finanzhilfe von der Europäischen Union heute mehr produzieren als früher, wie er behauptet. Ich habe nur eine Farm besucht und einen anderen Eindruck gewonnen. Auf der „Mpyupyu Prison Farm“ wird ein Drittel des fruchtbaren Landes für den Anbau von Mais, Gemüse und Tabak genutzt. „Vor 1992 wurde hier mit weniger Häftlingen mehr produziert. Sie mussten länger arbeiten, Menschenrechte wurden ja nicht beachtet. Außerdem gab es zwei Traktoren“, sagt der stellvertretende Gefängnisleiter Frederick Kainja. Von 350 Häftlingen arbeiten zur Zeit nur 100 auf der Farm, allerdings schaffen sie wegen der schlechten Ernährung nur vier Stunden Arbeit am Tag. Selbst wenn das gesamte Land genutzt werden könnte, fehlte es an Personal um die Arbeiter zu bewachen. John Chimodzi, seit einem Jahr Leiter dieser Farm, kann den diesjährigen Ertrag noch nicht abschätzen, doch er dürfte wohl ähnlich niedrig ausfallen, wie bei seiner letzten Dienststelle in Kasungu: „Dort haben wir 1998 1,2 Tonnen Mais produziert, 1994 waren es 2,8 Tonnen“. Zu schaffen macht dem Farmleiter auch, dass bereits dreimal Gemüse gestohlen wurde, seit er hier ist. Beim letzten Mal seien die Kohlköpfe nur entwurzelt aber nicht mitgenommen worden. „Die Leute in der Umgebung neiden uns das unbenutzte Land“, so erklärt er sich das. Seine drei Kinder, die mich fröhlich begrüßen, haben Hungerbäuche.

Strafe muss (trotzdem) sein

„Wir sind nicht hier, weil wir zu Nahrungsmittelentzug verurteilt wurden“, sagt Chimwemwe Mputahelo, Sprecher der Untersuchungshäftlinge im „Zomba Central Prison“, „wir sind hier, weil uns die Freiheit entzogen wurde. Das ist schlimm genug“. Welchen Zweck eine Haftstrafe unter diesen

Bedingungen habe, sei ihm nicht klar. Ginge es darum, die Menschen zu reformieren, würde eine Woche in dieser Hölle ausreichen; ging es um Buße, habe es keinen Sinn, die Menschen für harmlose Straftaten mit dem Leben bezahlen zu lassen. Als Beispiel nennt er Barton Mkandawire, einen ehemals staatlich angestellten Buchhalter, der wegen Diebstahls von 21.000 Kwacha (knapp 1.000 DM) zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde. Ich treffe den 32jährigen im Gefängnishospital, er hat sich mit Tuberkulose angesteckt. „Manchmal bin ich kurz davor wahnsinnig zu werden, wenn ich daran denke, dass ich wahrscheinlich bald sterben werde“, sagt er. Warum habe man ihm nicht erlaubt, das Geld in Raten zurückzuzahlen, anstatt ihn auf Staatskosten durchzufüttern? Vielleicht hätte er dann weiter das Schulgeld für seine beiden Schwestern bezahlen können. Wäre es nicht Strafe genug gewesen, ihn zu entlassen?

Warum Haft unter solchen Bedingungen trotzdem sein muss, erfahre ich auf einer von Deutschen und Briten besuchten Party in der Diplomatenstadt Lilongwe. Zu 18 Monaten Gefängnis sei jemand verurteilt worden, weil er einen Rückspiegel gestohlen habe, erzähle ich der Freundin eines deutschen Unternehmers. Sie reagiert schnell und kühl: „Nur so lernen sie, mit dem Stehlen aufzuhören“.

Gewerkschaften in Malawi

Von der Zwangsharmonie zur Unabhängigkeit

31 Jahre lang, bis zur Gründung des „Malawi Congress of Trade Unions“ im Jahr 1995, wirkten die Gewerkschaften unter der Fuchtel der allein herrschenden Partei. Es galt ein Streikverbot, unabhängige Tarifverhandlungen gab es nicht. Der „Trade Union Congress of Malawi“ war ein zahnloser Tiger.

Dennoch hat ein Mann aus der Gewerkschaftsbewegung, ähnlich wie Frederick Chiluba in Zambia, eine wichtige Rolle beim Übergang von der Diktatur zum Mehrparteiensystem gespielt. Bereits als junger Politiker war Chakufwa Chihana wegen seiner radikalen Einstellung zu Arbeiterrechten bei dem Regime in Ungnade gefallen. Nach sieben Jahren Haft und anschließendem Exil kehrte er 1988 nach Malawi zurück, wobei ihm seine Rolle als Vorsitzender des „Southern African Trade Union Congress“ eine gewisse Immunität ab. Drei Wochen nach dem 8. März 1992, jenem Tag, an dem in den Kirchen des Landes der regimekritische Hirtenbrief der katholischen Bischöfe verlesen worden war, reiste Chihana nach Zambia und verkündete in einem BBC-Interview, er wolle den Diktator mit einer Partei der demokratischen Allianz herausfordern. Bei seiner Rückkehr nach Malawi wurde er am Flughafen festgenommen und inhaftiert. Die Opposition hatte ihren Märtyrer, die Verhaftung

machte weltweit Schlagzeilen und erhöhte den Druck, den die internationalen Geldgeber auf die malawische Regierung ausübten.

Anfang Mai 92 erlebte die Republik Malawi den ersten Streik ihrer Geschichte. Ausgehend von der Textilfabrik David Whitehead in Blantyre, breitete er sich über die Industriebetriebe der Hauptstadt Lilongwe, die staatliche Zuckerfabrik in der Zentralregion und die Tee- und Tabak-Plantagen im Süden des Landes aus. Selbst die Angestellten der staatlichen Fluggesellschaft, der Eisenbahn und der Banken in Blantyre und Lilongwe schlossen sich an. Die zwei Tage dauernden Straßenkämpfe mit der Polizei kosteten 38 Menschen das Leben, doch die in Jahrzehnten der Diktatur gezüchtete Kultur aus Angst, Opportunismus und Schweigen war gebrochen worden. Und das nicht durch die Gewerkschaften, sondern durch Arbeiter, die aus eigener Initiative und auf eigenes Risiko gehandelt hatten.

Das die ehemalige Gewerkschaftsführung noch in der Umbruchphase kuschte, ist ein schweres Vermächtnis für die jungen Gewerkschaften. Die MCTU habe aus der Vergangenheit eine Lehre gezogen, sagt ihr Generalsekretär Francis Antonio: „Traue keinem Politiker, sie versprechen viel und halten nichts“. Auch mit der von Chakufwa Chihana geführten Partei AFORD, der drittstärksten Fraktion im Parlament, möchten sich die Gewerkschaften nicht gemein machen. Ohnehin hat Chihana heute selbst im Norden, seiner Heimatregion, einen schlechten Ruf. Natürlich wählen die Menschen hier AFORD, so wie die im Süden UDF wählen, doch selbst in Mzuzu, der Hauptstadt des Nordens, wird über seinen diktatorischen Führungsstil und seine Doppelmoral gelästert.

Aus der Umklammerung einer Partei haben sich die malawischen Gewerkschaften befreit. Nun haben sie es mit einer Regierung zu tun, die in ihnen vor allem eine Bedrohung sieht. „Unser Präsident hat wegen seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten seinen Arbeitsplatz verloren“, führt Francis Antonio als ein Beispiel an. Nach 21 Jahren bei der staatlichen „Malawi Tourism Development Investment“ wurde Ken Mhango 1998 entlassen, weil er durch die Übernahme der MCTU-Präsidentschaft angeblich Vertragsbruch begangen hätte. Warnungen des Arbeitgebers, wie etwa „Beiße nicht den Finger, der dich füttert“, seien vorausgegangen und das Staatsoberhaupt persönlich, damals zusätzlich Minister für staatliche Beteiligungen, habe gespottet: „Wie, Du stehst noch auf der Gehaltsliste?“ Nach seiner Entlassung hetzte die regierungsnahen Presse, Mhango dürfe als Arbeitsloser nicht der MCTU vorstehen und leugnete dabei das in der Verfassung verbrieftete Recht auf freie Assoziation. Nach meiner Abreise erklärte das Arbeitsgericht die Kündigung Mhangos mit Verweis auf dieses Recht für unzulässig.

Es gibt noch weitere Beispiele dafür, dass das Verhältnis zwischen Regierung und Gewerkschaft gespannt ist. 128 Arbeiter, die für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen bei der „National Seed Company“ gestreikt hatten, wurden

fristlos gekündigt und die Eisenbahngesellschaft hat vor ihrer Privatisierung drei bei ihr angestellte Gewerkschaftsfunktionäre entlassen.

Das ist schon finanziell ein Problem, denn hauptamtlich angestellte Funktionäre können sich die Gewerkschaften in Malawi nicht leisten. Sie sind auf ausländische Unterstützung, unter anderem von der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung, schwedischen, norwegischen und englischen Gewerkschaftsverbänden, angewiesen. Etwa 15 Prozent der Arbeitnehmer seien organisiert, aber nur fünf Prozent davon zahlten ihre Beiträge regelmäßig, sagt Francis Antonio. Da viele Arbeitnehmer kein Konto haben, ist es mühsam, die Beiträge einzutreiben. Die hohe Arbeitslosigkeit – offizielle Statistiken gibt es nicht, doch sollen etwa 70 Prozent der Erwerbsfähigen ohne Anstellung sein – verschärft die Lage. Außerdem gibt es nur wenige Arbeitnehmergruppen – im öffentlichen Dienst, im Transportwesen und bei der Post – die starke Blöcke bilden können und mächtig genug sind, überbetriebliche Tarifverhandlungen durchzusetzen.

Die, welche die Unterstützung der Gewerkschaften am nötigsten bräuchten – Plantagen-Arbeiter, Hausangestellte und Beschäftigte in den „Export Processing Zones“ – sind wegen des überreichen Angebots an Arbeitskräften, ihrer Armut und schweren Erreichbarkeit wegen, am schwierigsten zu organisieren.

De-Industrialisierung und „Export Processing Zones“

Die mit dem Status einer „Export Processing Zone“ verbundenen Subventionen sind in Malawi nicht an einen Produktionsstandort gebunden. Einzige Bedingung für den Erhalt einer EPZ-Lizenz ist, dass die Firma ausschließlich für den Export produziert, damit der Wettbewerb auf dem einheimischen Markt nicht gestört wird. Denn EPZ-Unternehmen können konkurrenzlos günstig produzieren. Sie sind von der 38-prozentigen Körperschaftssteuer ausgenommen und zahlen keine Importzölle für Maschinen, Rohstoffe und Zwischenprodukte.

Zur Zeit produzieren in Malawi 16 EPZ-Firmen, deren Mutterunternehmen aus Süd-Afrika, Taiwan und anderen asiatischen Staaten stammen, für den Export in afrikanische Nachbarländer und nach Europa. Zwölf davon stellen Bekleidung her, zwei sind im Schnittblumen-Geschäft, eine verarbeitet Vermiculit, ein unter anderem zur Dämmung und Plastikherstellung verwendetes Mineral, eine produziert Möbel.

Im Prinzip sollten die EPZ-Firmen nicht nur verlängerte Werkbänke ausländischer Unternehmen sein, sagt Watipaso Mkandawire von der „Malawi Investment Promotion Agency“ (MIPA), die für die Ausstellung der Lizenzen zuständig ist. Man hoffe, die Handelsbilanz zu verbessern, indem Rohstoffe, anstatt zu Schleuderpreisen ins Ausland verkauft zu werden, im Land verarbeitet würden.

Außerdem sollten einheimische Unternehmen als Zulieferer von Vorprodukten profitieren. Beide Rechnungen seien zumindest für die Textilindustrie bisher nicht aufgegangen, obwohl Malawi ausreichend Baumwolle produzieren könne, bedauert Watipaso Mkandawire: „Es gibt nur einen einzigen einheimischen Stoffproduzenten, der die Nachfrage nicht bedienen kann. Deshalb importieren alle EPZ-Firmen die benötigten Vorprodukte, vom Garn bis zum Knopf“.

Mkandawire leugnet nicht, dass es Betrüger gegeben habe, die EPZ-Unternehmen nur gegründet hätten, um ihre in Asien fertig produzierten Textilien als ‘Made in Malawi’ zollfrei nach Süd-Afrika, Zimbabwe und Europa exportieren zu können. Die Bedingungen für die Zollfreiheit – eine 25-prozentige Wertsteigerung des Produkts durch Veredelung in Malawi – seien nicht erfüllt worden. Inzwischen habe man in Absprache mit Süd-Afrika, dem wichtigsten Ein- und Ausfuhrland für malawische EPZ-Produkte, wirksame Kontrollmechanismen eingeführt. „Angesichts der Schwierigkeiten, die selbst der hochentwickelte Zoll in Europa mit dem Quotenschwindel hat, ist es zwar vorstellbar, dass es hier und da noch Betrug gibt. Doch im großen und ganzen haben wir das Problem gelöst“, meint Watipaso Mkandawire.

1995, als in Malawi erstmals Lizenzen für die EPZ-Produktion vergeben wurden, hagelte es Kritik von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond, denn Exportsubventionen sind ein Verstoß gegen die Regeln der Welt Handelsorganisation. Darüber habe er angesichts der Wirtschaftspolitik in Europa, wo Firmen sogar Geld für die Schaffung von Arbeitsplätzen bekämen, nur lachen können, erinnert sich Watipaso Mkandawire. „Das ärgerliche an dieser Kritik ist, dass uns niemand gesagt hat, wie wir ohne diese Subventionen Arbeitsplätze schaffen und mehr Devisen erwirtschaften sollen. Ohne diese Anreize sind in Malawi produzierte Güter nicht wettbewerbsfähig. Wir können es uns nicht erlauben, nur noch zu importieren“.

Als „Extreme Suffering for African People“ bezeichnete ein malawischer Journalist die ESAP, die seit den 80er Jahren von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond aufoktroierten Strukturanpassungsprogramme. Exportorientierung, Liberalisierung und Reduzierung des Haushaltsbudgets, wozu auch die Streichung von Subventionen für die Kleinbauern gehörte, haben dem Land nicht den erhofften Aufschwung gebracht.

Seit der weitgehenden Abschaffung protektionistischer Importzölle durch bilaterale Abkommen innerhalb der „Southern African Development Community“ (SADC), unter anderem mit den wichtigsten afrikanischen Handelspartnern Zimbabwe und Süd-Afrika, findet in Malawi eine schleichende De-Industrialisierung statt. Die Transportkosten für importierte Produktionsmittel sind höher als in den Nachbarländern, die Infrastruktur ist miserabel und durch die Währungsabwertung sind die Preise für Rohstoffe, Transport, Energie und Wasser gestiegen, während die Kaufkraft gesunken ist. Mit hohen Einfuhrzöllen auf

– abgesehen von Dünger – fast alles, was für die Herstellung landwirtschaftlicher oder industrieller Güter benötigt wird, würgt der fast bankrotte Staat die einheimische Industrie ab, während fertige Produkte aus Süd-Afrika und Zimbabwe zollfrei auf den malawischen Markt gelangen. Wie schlecht es um das produzierende Gewerbe steht, zeigt die während meines Aufenthaltes verkündete Schließung von Brown & Clapperton. Mangels Aufträgen musste die Firma, die in Malawi ein Monopol für die Installation von Produktionsmaschinen hatte, aufgeben.

Welche Folgen der freie Wettbewerb zwischen dem kleinen Land ohne nennenswerte Bodenschätze und Zugang zum Meer und den geografisch begünstigten und besser entwickelten Handelspartnern Süd-Afrika und Zimbabwe hat, lässt sich auf den ersten Blick im Supermarkt erkennen: Geflügel, Eier und Marmelade – einst in Malawi produziert und sogar exportiert – stammen aus Süd-Afrika oder Zimbabwe; Körperpflege- und Waschmittel sind „Made in South Africa“, der multinationale Konzern Unilever verpackt sie in seiner malawischen Niederlassung nur neu; genauso macht es auch BAT. „Life“, die bis vor einem Jahr in Malawi hergestellte Zigarettenmarke, wird nun aus Süd-Afrika importiert. Es ist betriebswirtschaftlich günstiger, den Rohstoff, und danach das fertige Produkt, Tausende von Kilometern weit zu transportieren, als die Zigaretten im Erzeugerland, dem zweitgrößten Tabak-Exporteur Afrikas, zu produzieren.

Die „Export Processing Zones“ gehören zu den verzweifeltsten Versuchen, die De-Industrialisierung Malawis aufzuhalten. 10.000 Arbeitnehmer, schätzt Wati-paso Mkwandawire, werden in EPZ-Firmen beschäftigt, davon vier Fünftel in der Textilindustrie. Billige Arbeitskraft alleine, die das Land im Überfluss habe, ziehe heute keinen Investor mehr an, sagt er. Zusammen mit den großzügigen Subventionen allerdings, habe sie eine große Rolle bei der Entscheidung der zwölf Textilhersteller und -handelsketten aus Süd-Afrika, Taiwan und anderen asiatischen Ländern gespielt, in Malawi EPZ-Niederlassungen zu gründen: „Die Textilindustrie ist sehr arbeitsintensiv. 2.000 Leute in Süd-Afrika anzustellen, wo der Mindestlohn bei etwa 14.000 Kwacha (ca. 600 DM) liegt, oder sie hier in Malawi zu beschäftigen, wo ein Näher 2.000 Kwacha (ca. 90 DM) verdient, ist schon ein großer Unterschied. Das rechnet sich trotz der erhöhten Transportkosten für den Export“.

Es rechnet sich noch besser, wenn man weiß, dass Arbeiter in den „Export Processing Zones“ weitaus weniger verdienen. Das monatliche Einkommen in den EPZ-Unternehmen liegt je nach Qualifikation zwischen 700 und 1.500 Kwacha. Eine soziale Absicherung ist darin nicht enthalten, sieht man einmal davon ab, dass ein Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Tag Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat, allerdings nur jeweils einmal in zwei Wochen. Die EPZ-Unternehmen zahlen zwar mehr als den gesetzlichen Mindestlohn von 550 Kwacha, doch der ist eine schlechte Messlatte. Augustine Bobe vom „United

Nations Development Programme“ hat ausgerechnet, dass ein Arbeiter, der den Mindestlohn bekommt, 28,77 Tage arbeiten muss, um ausreichend Mais für die Ernährung einer vierköpfigen Familie zu kaufen.

Von 800 Kwacha, der niedrigsten Lohnstufe beim EPZ-Textilhersteller Bentex, könnten sich die Arbeiter gerade mal die Miete für eine elende Ein-Zimmer-Hütte und das Essen leisten, sagt der Näher Joseph. Er verdient 1.060 Kwacha und hat ein eigenes Haus. Selbst ihm aber fehle das Geld, um Second-Hand-Kleidung zu kaufen. In seinem sauberen blauen Hemd und der grauen Polyesterhose sieht er eigentlich ganz ordentlich aus. „Das ist alles auf Kredit gekauft, wir nennen das „Katapilasi“. Ein Freund leiht dir Geld, vielleicht 50 Kwacha, damit Du Dir ein Shirt kaufen kannst. Wenn Du Deinen Lohn bekommst, zahlst Du ihm 75 Kwacha zurück. Obwohl Du den ganzen Tag arbeitest, hast Du immer Schulden, immer Probleme. Leben kann man das nicht nennen“.

Jeden Morgen bricht er gegen fünf Uhr im Dunkeln auf, damit er um sieben Uhr in der Fabrik ist. Mit dem Sonnenuntergang um halb sechs ist er dann wieder daheim. Heute fahre ich ihn nach Hause. Selbst mit dem Auto brauchen wir eine halbe Stunde, denn etwa fünf Kilometer außerhalb des Zentrums von Blantyre beginnt eine tückische Sandstraße, danach droht ein buckliger Feldweg den Boden des Autos aufzuschlitzen. Endlich sagt Joseph vor einem Haus aus Lehmziegeln „Stop“. Mit seiner Frau teilt er eine Wohnküche, natürlich ohne Wasser- und Stromanschluss, sowie das durch einen Vorhang abgetrennte Schlafzimmer. Beiläufig erzählt er, ihr sechs Monate alter Sohn sei vor kurzem an Tuberkulose gestorben.

Besuche in „Export Processing Zones“

Seit einem halben Jahr versucht die Textil-Gewerkschaft Mitglieder in Export Processing Zones zu gewinnen. Bisher erfolglos. Die Arbeitnehmer seien bereit, sich zu organisieren, doch nicht nur die Arbeitgeber blocken. „Die Regierung hat mit den EPZ-Firmen Sondervereinbarungen getroffen“, vermutet Francis Antonio. Kurze Zeit später bekomme auch ich diesen Eindruck.

Mit Pecu Banda, George Kapalanga und Charles Mikunde, drei „Organisern“ verschiedener Gewerkschaften, mache ich mich auf den Weg zu einigen EPZ-Firmen in Blantyre.

Unsere erste Station ist Bentex. Ein kleiner Wächter in Camouflage-Uniform öffnet das Tor und salutiert. Wie gut, dass ich ein Auto habe. Mit einem Auto genießt man Vertrauen. Meine drei Begleiter müssen sich normalerweise in Minibusse quetschen, und, wenn der Betrieb außerhalb liegt, noch kilometerweit laufen, um dann am Tor unter Umständen abgewimmelt zu werden. „Der Boss ist nicht da“, sagt ein anderer Wächter, der den Eingang zum Büro bewacht. Pecu Banda bittet darum, mit der Sekretärin einen Termin absprechen zu dürfen. Während wir warten, kommt sein Kollege vom Tor auf

uns zu und murmelt zweideutig: „Wenn ich eine Waffe hätte, ich würde die Bosse feuern. Das sind Räuber“. Nach einer Viertelstunde erfahren wir von seinem Kollegen: „Die Sekretärin ist nicht bereit, mit ihnen zu sprechen“. Für meine Begleiter nichts Neues. Es ist bereits der dritte Besuch hier, bei dem eine Terminabsprache scheitert. Einige Tage später machen wir einen zweiten Versuch bei Bentex und werden zum Geschäftsführer vorgelassen. Was er von Gewerkschaften halte, wolle er mir nicht sagen, und eine Besichtigung der Fabrik sei generell nicht zulässig, weil das die Arbeiter nur verwirren würde. Immerhin schlägt er einen Termin in zwei Wochen vor, dann sei sein Boss aus Süd-Afrika zurück. Was daraus wurde, weiß ich nicht, denn meine Zeit ist bereits für die Gefängnis-Recherche verplant.

Unsere zweite Station ist die Textilfabrik Crossbow. Charles Mikunde hatte mir Hoffnung gemacht, hier ein Interview mit dem Arbeitgeber führen zu können. Dies sei die einzige EPZ-Firma, die nicht grundsätzlich gewerkschaftsfeindlich sei und alle Arbeiter wollten sich organisieren. Wir haben Glück, der Mann, der uns freundlich begrüßt, ist der Boss höchstpersönlich. Als er erfährt, um was es geht, zieht er sich in die Tiefen seiner Lagerhalle zurück und ruft: „Ob ich hier Gewerkschaften zulasse, muss ich mir erst noch überlegen“.

Den dritten Versuch machen wir bei Chilimba Garments. Bei diesem Textilhersteller hatten Arbeiter vor einigen Monaten in einem Wutausbruch Nähmaschinen zerstört und Feuer gelegt, weil die versprochene Lohnerhöhung nicht gezahlt worden war. Die, denen man nicht gekündigt habe, wollten nun geschlossen der Gewerkschaft beitreten, hatte Charles Mikunde mir erzählt. Wir gehen eine Rampe hinauf und blicken in eine Halle, in der etwa 20 Männer damit beschäftigt sind, Blusen und Kinderkleider für den Export nach Süd-Afrika zu verpacken. Zeit, mit einem der Arbeiter zu sprechen, bleibt nicht. Freundlich aber bestimmt werden wir in das Büro des Personalchefs gebeten. Büro? Es ist ein Verschlag mit wackliger Sitzbank und alterskrummem Tisch. Die Tür ächzt in den Angeln, als ein etwa 30jähriger Mann im verblichenen Kittel, dem eine nur noch aus Flickern bestehende Hose um die Beine schlottert, den Verschlag betritt: „Guten Tag, ich bin der Personalchef. Was kann ich für Sie tun?“

Charles Mikunde kennt den Mann bereits von zwei früheren Besuchen. Er war nicht besonders kooperativ gewesen und hatte ihn beim letzten Mal an die Chefsekretärin verwiesen, die sehr deutlich geworden war: „Wir wollen die Gewerkschaft hier nicht“. Die schriftliche Bestätigung, um die er gebeten habe, sei bisher nicht eingegangen. Damit könnte Charles Mikunde beim „Labour Office“ Beschwerde einlegen. Die Regierungsbehörde ist unter anderem dafür zuständig, die Einhaltung aller den Arbeitsmarkt betreffenden Gesetze zu fördern und zu überwachen. Das „Labour Office“ muss ein-

schreiten, wenn ein Arbeitgeber einer Gewerkschaft den Zutritt zum Gelände, oder Angestellten das in der Verfassung verankerte Recht, sich in der Gewerkschaft zu organisieren, verweigert.

Auch heute sei der Boss nicht da, bedauert der Personalchef. Mister Shi, der zweite Mann in der Firma, spreche leider kein Englisch. Wir sind also umsonst gekommen. Immerhin erfahren wir vom Personalchef, dass das Management es für legitim halte, die Arbeiter erst gar nicht entscheiden zu lassen, ob sie Mitglied einer Gewerkschaft werden wollen. Kürzlich sei ein Mann vom „Labour Office“ da gewesen: „Der hat gesagt, wir bräuchten hier keine Gewerkschaft, weil wir doch bereits ein Arbeiter-Komitee haben“.

Noch deutlicher wird Watipaso Mkandawire von der MIPA: „Wir wollen nicht, dass die Arbeiter in den EPZ ausgebeutet werden, deshalb schlagen wir vor, Arbeiter-Komitees zu gründen. Aber wir wollen auch nicht, dass die Leute sich ihre eigene Zukunft verderben. Sie sehen nur „Oh, diese Firma macht eine Menge Geld“, aber sie sehen nicht die Kosten, die dahinterstecken. Sie glauben, wenn sie Mitglied einer Gewerkschaft werden, könnten sie mehr und mehr verlangen“.

Richtig daran ist, dass nur die Gewerkschaften durch den „Labour Relations Act“ gesetzlich verankerte Rechte haben, gleichberechtigt mit dem Arbeitgeber zu verhandeln und für Lohnverhandlungen Bilanzen einzusehen. Im Gegensatz zu den Arbeiter-Komitees können sie außerdem ihre Mitglieder bei Arbeitsprozessen vertreten. Falsch ist die indirekte Behauptung, Gewerkschaften in Malawi seien streikwütig. Sie sind eher übervorsichtig, was sicherlich damit zusammenhängt, dass sie es sich noch nicht leisten können, streikende Mitglieder finanziell zu unterstützen. Bei zwei Betriebsversammlungen war ich dabei und erstaunt, wie bescheiden die Forderungen waren, die gestellt wurden. Nie fehlte die mit Pathos vorgetragene Mahnung an die Arbeiter: „Seid fleißig und lasst euch nichts zu Schulden kommen. Sonst können wir nichts erreichen“.

Dass die Arbeiter-Komitees den Gewerkschaften vorgezogen werden ist um so paradoxer, als gerade in den nicht gewerkschaftlich organisierten „Export Processing Zones“ Streiks und Streikandrohungen häufig sind. Joseph, Mitglied im Arbeiter-Komitee einer EPZ-Firma, beschreibt, warum sie oft die einzige Sprache seien, die Arbeitgeber verstünden: „Wenn der Chef etwas von uns will, müssen wir uns sputen. Wenn wir ihn um etwas bitten oder ein Problem besprechen wollen, warten wir lange auf einen Termin“. Streiks sind nicht nur üblich um Lohnerhöhungen durchzusetzen. Gestreikt wird auch, um Forderungen nach Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall Nachdruck zu verleihen.

Das Behörden wie MIPA oder das „Labour Office“ gewerkschaftsfeindlichen EPZ-Firmen Rückendeckung geben, ist weniger aus der Angst vor Streiks zu erklären. Vielmehr scheint es darum zu gehen, die Unsicherheit aufrechtzuerhalten. Ein illegaler Streik, ob wegen einer umstrittenen Lohnerhöhung oder

klarer gesetzlicher Verstöße des Arbeitgebers, ist nervenaufreibend. In einem Land, in dem es weder Sozialhilfe noch Arbeitslosenunterstützung gibt, ist es riskant, seinen Job zu verlieren.

Von der Sklaverei zum Landraub

Als David Livingstone Ende 1861 die erste europäische Expedition an den Lake Malawi leitete, beschrieb er die Gegend um Nkhotakota als einen „Ort von Gesetzlosigkeit und Blutvergießen. buchstäblich übersät mit menschlichen Knochen und verwesenen Körpern“. Im 19. Jahrhundert war die Stadt der größte Sklavenmarkt des Landes, Abfertigungsstation für jährlich bis zu 20.000 Menschen, die von hier aus mit Dhaus über den See und anschließend über Land zum Indischen Ozean gebracht wurden.

Auf dem Gelände der alten Missionsstation steht noch der Feigenbaum, der David Livingstone und Chief Jumbe vor 136 Jahren Schatten gespendet haben soll. Livingstone war zurückgekehrt, um dem Sklavenhändler afrikanisch-arabischer Abstammung das lukrative Geschäft auszureden. Vergebens. Erst in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts unterschrieb der alternde Chief einen Vertrag, der ihm im Gegenzug für die Abschaffung der Sklaverei den Schutz der Briten garantierte.

Mit der Kolonisierung begann eine neue Art der Sklaverei. Land, das bisher allen gehört hatte und von Dorfvorständen verteilt worden war, wurde nun von Europäern gekauft oder für lange Zeit geleast, um „cash crops“ wie Tee, Kaffee, Baumwolle, Zucker und Tabak anzubauen. Die folgende Landknappheit machte es leichter, an billige Arbeitskräfte heranzukommen. Zusätzlich wurde eine Steuer eingeführt, die nur zahlen konnte, wer einer Erwerbsarbeit nachging.

Mit der Unabhängigkeit änderte sich die Politik für kurze Zeit zugunsten der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Doch bereits 1968 begann Malawi der von der Weltbank geforderten Orientierung auf den Anbau von „cash crops“ auf Großfarmen bereitwillig zu folgen. Bis 1992 durften Kleinbauern keinen Tabak, das lukrativste „cash crop“ Malawis, anbauen. Die malawische Elite aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung wurde ermuntert, Plantagen zu gründen. Große Teile des so genannten „customary land“, das auch heute noch unverkäuflich ist, wurden für wenig Geld auf 20 bis 99 Jahre verpachtet. Die Regierung verpflichtete Banken dazu, den neuen Farmern günstige Kredite zu geben und besteuerte zu ihrem Vorteil die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Die „Agricultural Development and Marketing Corporation“, die zum Schutz der Kleinbauern vor den Schwankungen der Weltmarktpreise gegründet worden war, kaufte deren Produkte zu Preisen unterhalb des Weltmarktniveaus. Die Profite flossen wieder als Kredite an die Plantagen. In den 80er Jahren war die Landverteilung so ungerecht, wie sie es zur Zeit des britischen Protektorats gewesen war. Mit dem einzigen Unterschied, dass nun hauptsächlich afrikanische Großgrundbesitzer ihre Landsleute

ausbeuteten. Einige Zahlen verdeutlichen die Entwicklung: 1968 hatten 71 Prozent der Landbevölkerung mehr als zwei Hektar Land zur Verfügung, 1978 waren es nur noch 13 Prozent. 1987 gehörten 0,27 Prozent der Bevölkerung fast 20 Prozent des fruchtbaren Landes. Je länger der kleinbäuerliche Sektor finanziell und infrastrukturell vernachlässigt wurde, desto größer wurden die Einkommensunterschiede. 1980 teilten sich die etwa 4000 Plantagen 20 Prozent des Einkommens aus der gesamten landwirtschaftlichen Produktion, 1995 waren es 45 Prozent. Mit dieser scheinbar höheren Produktivität war die ungleiche Verteilung des Landes immer gerechtfertigt worden. Das dies eine sich selbst erfüllende Prophezeiung ist, die sich durch die Vernachlässigung und Übervorteilung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft bewahrheitet und nicht naturgesetzlicher Zwangsläufigkeit entspringt, hat eine Schar von Agrar-Ökonomen am Beispiel vieler Länder bewiesen. Anfang der 80er Jahre, so geht aus einer von der UN und der malawischen Regierung durchgeführten Studie hervor, wurden mindestens 40 Prozent des Plantagen-Landes nicht genutzt.

Die erste demokratisch gewählte Regierung hat eine Landreform angekündigt. Die hierfür durchgeführten Studien habe ich während meines Aufenthalts zusammengebettelt und kopiert (im zuständigen Ministerium gab es keine Kopien). Sie sind aber leider auf dem Postweg nach Deutschland verloren gegangen. Im Gegensatz zu anderen Ländern der Dritten Welt würde eine Neuverteilung in Malawi nicht bedeuten, dass Plantagenbesitzer enteignet werden müssten, da die meisten das Land nicht käuflich erworben sondern gepachtet haben. Ob die Weltbank und der Internationale Währungsfond für die sicherlich fälligen Kompensationszahlungen, welche die enteignete Landbevölkerung natürlich nicht erhalten hatte, Kredite gewähren, wage ich allerdings stark zu bezweifeln.

Die Tabak-Sklaven

Abgesehen von dem Feigenbaum erinnert heute nichts an die grausame Vergangenheit. Nkhotakota ist eine geschäftige aber gesichtslose Straßensiedlung. Trotzdem finde ich, dass hier etwas Böses in der Luft liegt. „Blödsinn“, herrscht mich mein Übersetzer Zagwa Zata an, „glaubst Du jetzt auch schon an Geister?“ Eine andere Antwort hatte ich von jemandem, der „Was geschehen ist, ist geschehen“ heißt, auch nicht erwartet.

Wir sind nach Nkhotakota gekommen, weil es hier viele Tabak-Plantagen gibt. Das Geschäft mit dem braunen Gold bringt Malawi 65-70 Prozent seiner Exporteinnahmen. Rafael Sandramu hatte angeboten, mir einige Farmen zu zeigen. Er ist Generalsekretär der „Tobacco Tenants and Allied Workers Union of Malawi“. Außerdem arbeitet er in der 1995 gegründeten Missionsstation des katholischen Ordens „Salesianer Don Bosco“ in Nkhotakota. Die „Brüder“ unterstützen ihn bei seinen Aktivitäten für die Gewerkschaft. Er kann ihr Telefon, den

Computer und den Kopierer nutzen und im Hof steht eine missionseigene MZ, ein recht geländegängiges Motorrad, mit dem Sandramu die „Tabac-Estates“ abknattert, um Arbeiter zu organisieren. Heute ist es zu spät um aufzubrechen, außerdem hat Sandramu noch eine Sitzung. Nachdem er uns unsere Zimmer in der Mission gezeigt hat, verschwindet er.

Gerne würden wir zum Abendbrot ein Glas Bier trinken, wir trauen uns aber nicht, weil „Bruder“ Paul aus Polen, der 36-jährige Leiter der Missionsstation, am Tisch sitzt. Weit gefehlt, nach dem Essen bietet er uns einen Brandy an, den er mit Cola mixt. Das Glas ist noch halbvoll, da erzählt er uns die schaurige Geschichte von einem Inder, dem vor einigen Wochen tagsüber und auf offener Straße alle Finger der rechten Hand abgehackt worden seien. Das Glas ist noch nicht leer, da beschreibt er, wie kürzlich die Missionsstation von Dieben belagert wurde. Danach haben die „Brüder“ auf den drei Meter hohen Mauern, welche die Missionsstation umgeben, Glasscherben angebracht. Nkhotakota bleibt unheimlich.

Am nächsten Morgen brechen wir mit Rafael Sandramu zur Tabak-Plantage Malizanitu auf. Während der Fahrt bemerke ich zum ersten Mal den langen Narbenknubbel auf seinem linken Unterarm. So einen hätte er auch noch am Bein, sagt er, von einem Motorradunfall. Er glaube an einen Anschlag, aber beweisen könne er das nicht. Einen Tag vor dem Unfall waren 32 Arbeiter von einer 110 Kilometer entfernten Tabak-Farm in sein Büro gekommen. Drei Tage Fußmarsch brachten sie hinter sich, um ihn um Hilfe zu bitten. Der Landbesitzer hatte sie nach der Ernte von seiner Farm verjagt und nun hatten sie nichts mehr zu Essen. Am nächsten Morgen machten sich Bruder Paul und die Arbeiter im Pick-Up, Sandramu auf dem Motorrad, auf den Weg zu der Plantage. Unterwegs passierten sie eine Tankstelle. „Dort stand ein mir unbekannter Mann, der seinen Geländewagen tankte. Ein auffälliger Wagen, wie es ihn hier in der Gegend nicht so oft gibt. Ich denke, er hat den Zweck unserer Reise erkannt“. Die Verhandlungen mit dem Landbesitzer waren fruchtbar. Er versprach, die Arbeiter weiterhin mit Nahrung zu versorgen. Abends, auf dem Heimweg, kam Sandramu der Geländewagen entgegen, den er an der Tankstelle gesehen hatte. „Mit der Lichthupe hat mich der Fahrer absichtlich geblendet. Ich konnte dem Schlagloch nicht mehr ausweichen, danach war ich bewusstlos“. Fast wäre er noch von seinem Retter überfahren worden, der ihn ins Krankenhaus brachte.

Ob es ein Anschlag, oder ein Unfall war – Sandramus Einsatz für die Tabak-Arbeiter scheint auch sonst nicht ungefährlich zu sein. Ein Farm-Manager habe die Hunde auf ihn gehetzt, ein anderer sei mit dem Holzknüppel auf ihn losgegangen. Nach diesen Geschichten bin ich froh, auf Malizanitu weder den Farm-Manager noch den Besitzer anzutreffen. Letzterer arbeitet beim Finanzministerium in Lilongwe und ist gerade auf Geschäftsreise in Süd-Afrika. Den Tabak,

den seine Arbeiter gepflanzt und geerntet haben, hat er zwar schon versteigern lassen, doch sie haben noch kein Geld gesehen. Ungeduldig erwarten sie seine Rückkehr, denn sie haben keinen Mais mehr. Zur Zeit ernähren sie sich von wildwachsenden Okra-Schoten und Wurzeln. Das ist die erste Klage, die ich höre, nachdem Sandramu eine Schar zerlumpter Männer und Frauen aus den verstreut liegenden Grashütten zusammengetrommelt hat.

Zenanzió January, ein hagerer 40-jähriger mit wenigen, schwarzen Zähnen, arbeitet seit 1979 auf Tabak-Plantagen. Wie viele hier, hat er sein eigenes Stück Land verlassen, weil er es aus Geldmangel nicht kultivieren konnte. Und wie viele hier, hat er davon geträumt nach ein paar Jahren Arbeit auf fremder Scholle zurückzukehren. Doch daraus ist nichts geworden: „Seit ich diese Arbeit tue, habe ich, abgesehen davon, dass ich nicht verhungert bin und mir ein paar Lumpen kaufen konnte, nichts erreicht“.

Die meisten Menschen, die auf Tabak-Farmen arbeiten, bekommen keinen Lohn. Sie sind Scheinselbständige aus denen oft Schuldknechte werden. Auf Kredit verkauft ihnen der Landbesitzer Samen, Dünger, Hacken und den Mais, den sie zum Überleben brauchen. Dafür verpflichten sie sich, den von ihnen angebauten Tabak an den Landbesitzer zu verkaufen. Was nach Abzug der Kredite übrigbleibt, ist ihr Gewinn.

Ein tückisches System, denn die Abrechnung ist völlig intransparent. Der 24-jährige Austin Kaunda, der erst seit einem Jahr auf Malizanitu arbeitet, hat auf zwei anderen Farmen schlechte Erfahrungen gemacht: „Dort gab es keine Gerechtigkeit. Wenn die Bosse sahen, dass reichlich Tabak wuchs, haben sie die Kosten für die Kredite erhöht, damit wir keinen Profit machen konnten“. Er rechnet vor: 1998 kostete ein Sack Dünger im Laden 80 Kwacha. Der Landbesitzer verlangte 1.500 Kwacha. Für einen Eimer Mais berechnete er statt 80 Kwacha 250. Aus 45 Kwacha für eine Hacke wurden 100. Auf der ersten Farm hat Kaunda 1.700 Kwacha (1997: 100 US Dollar) Gewinn gemacht, auf der zweiten 4.000 Kwacha (1998: 95 US Dollar). Was es dieses Jahr geben wird, weiß er noch nicht, aber wie seine Mitarbeiter auf Malizanitu rechnet er mit dem Schlimmsten, nämlich gar nichts zu bekommen.

Einige hier haben mehrfach versucht aus der Schuldknechtschaft auszuweichen. Wie Dickson Josef sind sie mit dem, was sie kriegen konnten, nach Hause zurückgekehrt. „Aber nachdem ich den Transport bezahlt hatte und anfang Lebensmittel zu kaufen, gab es wieder nur die Armut. Also sagte ich zu meiner Frau und meinen Kindern: „Lasst uns wieder auf eine Tabak-Farm gehen“. Dorthin zu gelangen ist einfach, denn es gibt Agenturen, die vor allem im dichtbevölkerten Süden arbeits- und landlose Dörfler anwerben und mit Trucks kostenlos zur Plantage transportieren. „Sie haben mir gesagt: Auf dieser Farm wirst Du Geld verdienen. Deine Armut wird ein Ende haben. Der Farmbesitzer versprach, den Tabak zu einem fairen Preis zu kaufen und uns

die Lebensmittel umsonst zu geben. Als die Ernte dann gut war, weigerte er sich den Tabak zum vereinbarten Preis zu kaufen. Er beleidigte uns, was wir denn wollten, wir wären doch als arme Schlucker zu ihm gekommen. Dabei haben wir doch die ganze Arbeit gehabt. Wir überlegten also, was zu tun sei und stellten fest, dass wir keine andere Wahl hatten, als weiterzumachen". Den Transport nach Hause gibt es nicht mehr umsonst. Ein andere Methode, um die Arbeiter bis zur nächsten Saison auf der Plantage zu halten, beschreibt Koltrida Smoke: „Wenn die Zeit kommt, da der Tabak verkauft wird, schließt der Boss das Schuldenbuch und gibt uns nichts mehr zu Essen. Aber es gibt auch einige gute Landbesitzer. Sie fangen ein neues Schuldenbuch an, so das wir etwas zu Essen haben, bis wir wieder anfangen, Tabak anzupflanzen".

Der Besitzer von Malizantu scheint nicht zu den Guten zu gehören. Drei Tage später kehren wir zurück, um zwei Säcke Maismehl vorbeizubringen. Koltrida Smoke strahlt: „Gott segne Dich. Wir wären heute hungrig ins Bett gegangen". Der Boss hatte noch immer keinen Mais gebracht.

Mit 40 Hektar ist Malizantu eine kleine Farm. Katote II hat 250 Hektar und scheint besser organisiert zu sein. Es gibt zwei Verwaltungsgebäude und einen Speicher, der randvoll mit Mais gefüllt ist. Die Arbeiter bauen ihn an und dürfen ihn dann zu Wucherzinsen auf Kredit erwerben. Steve Thompson, der gutgekleidete Buchhalter, hält es nicht für nötig, dass sich die Gewerkschaft hier engagiert. Den Arbeitern gehe es gut, im letzten Jahr hätten sie durchschnittlich 15.800 Kwacha (700 DM) Gewinn gemacht. Später flüstert mir Sandramu zu: „Das war eine Lüge, der höchste Gewinn war 5.000 Kwacha (220 DM)".

Die 72 Arbeiter auf Katote II kommen alle von weit her, aus den südlichen Bezirken Mulanje und Dedza. Warum sie aus bis zu 500 Kilometer entfernten Ortschaften geholt würden, frage ich den Buchhalter. „Die Leute hier am See sind faul, die sind lieber Fischer. Die Leute aus Dedza oder Mulanje arbeiten hart und sie verstehen etwas vom Tabakanbau". Wären die Bedingungen besser, würden sicherlich mehr Leute aus der Gegend hier arbeiten wollen, hält Rafael Sandramu dagegen, der See sei ziemlich leer gefischt. Im Süden und in der Zentralregion fänden die Agenten allerdings weitaus verzweifeltere Menschen, die man außerdem noch besser ausbeuten könne, weil sie sich die Heimreise nicht leisten könnten.

Nach einem halbstündigen Fußmarsch, vorbei an abgeernteten Tabakfeldern und verkohlten Baumstümpfen, erreichen wir die Grashütten der Arbeiter. Wir finden nur ein paar Frauen mit Säuglingen, die anderen sind bei den Saatbeeten. Dort werden gerade die kleinen Tabakpflanzen, unter Stroh vor der sengenden Sonne geschützt, gegossen. Unter den dreißig Arbeitern sind zehn Kinder im Alter zwischen 8 und 16 Jahren. Weil sie noch nicht so schwer tragen können, sind sie dafür zuständig, Wasser aus dem Fluss in die Gießkannen zu schöpfen. Warum er an diesem Morgen nicht in der Schule sei, fragt

mein Übersetzer einen der Jungen auf Chichewa, denn Englisch kann keiner der Tabak-Arbeiter. Der Junge fällt ins Wasser und die anderen lachen schadenfroh: „Du hast wohl Angst vor der weißen Frau, was?“ Trotzig sagt er: „Wer lacht, ist ein Arschloch ... Ich gehe nicht zur Schule wegen des Burley. Burley-Tabak anzubauen ist ein Job und ein Job bedeutet Geld. Ich bin 16 Jahre alt“. Drei jüngere Kinder, denen wir dieselbe Frage stellen, wären lieber in der Schule. Aber das sei heute nicht möglich gewesen, weil sie dreckige Kleidung an hätten, sagen sie unisono. Diese Ausrede scheinen sie häufiger zu benutzen. Die beiden 14-jährigen sind in der dritten Klasse, der 12-jährige ist in der zweiten. Er sagt: „Wenn ich groß bin, will ich Lehrer werden. Wenn ich das nicht schaffe, dann möchte ich Fahrer sein oder Büroangestellter auf einer Tabak-Plantage. Ich will auf keinen Fall machen, was meine Eltern machen“. Warum nicht? „Weil das ein unangenehmer Job ist“.

Eine starke Lobby

4.700 Arbeiter hat die „Tobacco Tenants and Allied Workers Union“ bereits organisiert. Wie viele es gibt, kann Sandramu nur grob schätzen. Vielleicht 300.000? Selten zahlt einer den Jahresbeitrag von 50 Kwacha. Doch die Tabak-Arbeiter schätzen die Organisation. Endlich haben sie jemanden, an den sie sich wenden können. „Ich war bei einigen Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und Farmbesitzern dabei. Am Ende haben die immer nachgegeben und bezahlt“, sagt Zenanzio January, einer der Arbeiter auf Malizanitu.

Rafael Sandramu kann mit seinem Motorrad nicht überall sein. Er würde gerne die Verhältnisse grundsätzlich ändern. Sein Lieblingsplan ist es, eine gemeinnützige Bank aufzubauen, die Arbeitern, die eigenen Landbesitz haben, Kredite für Samen und Dünger gibt. Dann würden es sich die Landbesitzer wohl zweimal überlegen, wie sie die Menschen behandeln. Woher er das Geld nehmen soll, weiß er allerdings nicht.

Theoretisch hat die „Tobacco Tenants and Allied Workers Union“ schon viel erreicht: In diesem Jahr wurde sie von der Tabakpflanzer-Vereinigung TAMA als Tarifverhandlungspartner akzeptiert, deren Mitglieder sich außerdem verpflichteten, keine Kinder mehr auf ihren Farmen zu beschäftigen. Die Unterschrift ist bisher das Papier nicht wert, auf dem sie steht. „Es ist wirklich die Ausnahme, dass uns ein Plantagenbesitzer erlaubt, mit den Arbeitern zu sprechen und sie über ihre Rechte aufzuklären“, sagt Rafael Sandramu.

Sandramu und die MCTU kämpfen gegen eine mächtige Lobby. Denn die meisten Tabakfarmer sind Politiker, höhere Verwaltungsangestellte oder Mitarbeiter in Ministerien. Seit 1994 schmort der „Tenant Labour Protection Act“ beim Justizministerium, das alle Gesetzesvorlagen prüft, bevor sie ans Parlament weitergeleitet werden. „Seit fünf Jahren gibt es von dort keine Reaktion, obwohl wir jedes Quartal nachfragen“, sagt „Labour Officer“ Southwood

Ngooma. „Es ist ungewöhnlich, dass es so lange dauert“. Diplomatisch ausgedrückt. Das Gesetz würde aus den Schuldknechten Menschen mit Rechten machen. Schriftliche Arbeitsverträge wären obligatorisch, genauso wie Entschädigungen bei krankheitsbedingtem Vertragsabbruch und die Bereitstellung sauberen Trinkwassers. Die Naturalkredite müssten zinslos vergeben und ordnungsgemäß quittiert, die von der Regierung vorgegebenen Kaufpreise für den Tabak eingehalten und sofort bezahlt werden.

Selbst wenn alle Tabakplantagen-Besitzer Engel wären, könnten viele von ihnen steigende Kosten nur schwer verkraften. Durch die zunehmenden Plantagen-Pleiten werde der Druck auf die Arbeiter noch erhöht, sagt Rafael Sandramu. „Es ist die Ausnahme, dass wir mit von Ausländern geführten Farmen Probleme haben. Die sind meist reich genug, um Saisonarbeiter zu beschäftigen. Aber 80-85 Prozent der Tabakplantagen gehören Malawis aus der Mittelklasse. Viele von denen haben nicht genug Kapital. Um selbst zu überleben, quetschen sie die Arbeiter aus“.

Auf den Bürotüren bei TAMA klebt die Durchhalte-Parole: „Burley – Rather Fight Than Quit“. Ein völliger Stop des Burley-Anbaus, der Tabak-Spezialität Malawis, würde den Ruin des Landes bedeuten, das fast genauso viel Tabak produziert wie die sechseinhalb mal größere Türkei. Ohne den Tabakexport gäbe es zwei Drittel aller Deviseneinnahmen nicht. Kämpfen bedeutet, mehr auszugeben und weniger einzunehmen. Seit den Tabakauktionen im Jahr 1991 wurden nie wieder zwei und mehr Dollar pro Kilogramm Tabak erzielt. Seit damals schwanken die Preise zwischen 1,70 und 1,30 Dollar. Der Weltmarkt kann die über Jahre konstant gebliebene Tabakproduktion nicht mehr aufnehmen, weil die Qualmerei zunehmend verpönt ist und sich viele Menschen das Rauchen fabrikgefertigter Zigaretten nicht mehr leisten können. Der in Malawi angebaute Burley allerdings hat eine besondere Qualität, da auch die oberen, nikotinhaltigeren Blätter einzeln und nicht im Bündel getrocknet werden. In diesem Jahr wollte der Markt mehr als Malawi hergeben konnte. „Ein Faktor ist das Wetter, aber der wichtigste ist die Abwertung im vergangenen Jahr, wegen der die Preise für alle Produktionsmittel drastisch gestiegen sind. Tabak verlangt viel Dünger, und weil sich die Farmer den nicht leisten konnten, haben sie die Anbaufläche verkleinert,“ erläutert TAMA-Statistiker Ackim Kavinja.

Für das dänische Ehepaar Mojfeld, das vor fünf Jahren die an Katote II angrenzende Farm gepachtet hat, lohnt sich der Tabakanbau nicht mehr. Zu hohe Kosten, zu geringe Einnahmen. Deshalb versuchen sie es nun mit Zuckerrohr. Die Mojfelds sind eine dieser ausländischen Ausnahmen, über die Sandramu nur Schlechtes zu berichten wusste. Vor zwei Jahren, als sie noch Tabak anpflanzten und einige der Schuldknechte mehr zu Essen forderten, habe Mr. Mojfeld das Gewehr geholt und in die Luft geschossen. Als wir nach

einem bangen Gang, ängstlich nach den scharfen Hunden Ausschau haltend, von denen uns die Angestellten erzählt hatten, vor ihnen stehen und zwei Schäferhunde und ein Yorkshire Terrier uns nicht allzu feindlich beschnuppern, sind sie zwei freundliche Menschen, die uns auf die Veranda ihres kleinen Hauses bitten. Unbezahlte Arbeiter, ohne die der Burley-Anbau nicht zu bewältigen sei, bräuchten sie nun, da sie auf das weniger arbeits- und düngereintensive Zuckerrohr umgestiegen seien, nicht mehr, sagt Mr. Mojfeld. Er ist froh darüber: „Die haben nur gestohlen, kamen in der Nacht und trugen den Tabak weg, und wir blieben auf unseren Krediten sitzen“.

Es stimmt, viele Tabak-Arbeiter wehren sich auf ihre Weise und verkaufen einen Teil der Ernte an Zwischenhändler. TAMA schätzt, dass den Farmern 1999 auf diese Weise Tabak im Wert von drei Millionen Kwacha (ca. 1 Million DM) gestohlen wurde. Lizenzen für Zwischenhändler wurden vor vier Jahren eingeführt, weil die seit 1992 zum Tabakanbau zugelassenen Kleinbauern ihre Ernte aus eigener Kraft nicht transportieren können.

Mr. Mojfeld geht ins Wohnzimmer und kommt mit einem Brief zurück. „Hier steht es. Ein Freund, einer der besten Farmer hier, in zweiter Generation, schreibt, dass er die Hälfte seiner Ernte an Zwischenhändler verloren hat“. Und dann sagt er, was mir sinngemäß jeder Weiße, der seit längerer Zeit in Malawi lebt, im Laufe eines längeren Gesprächs gesagt hat: „In den alten Tagen gab es hier mehr Disziplin, die Leute waren nicht so verdorben“. Mrs. Mojfeld unterbricht: „Oder nicht so verzweifelt“.